



Tätigkeitsbericht des Seniorenrates 2022

„Vertretung der Belange älterer Bürger in der Öffentlichkeit, Förderung des Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen den Seniorengruppen und Verständigung und Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadtverwaltung.“

Auch wenn zu Beginn des Jahres noch Einschränkungen durch die Corona-Pandemie galten, konnte die Tätigkeit der Seniorenvertretung im Jahr 2022 nicht nur wieder zu mehr Normalität zurückfinden, sondern bedingt durch viele nunmehr nachgeholte Veranstaltungen vergrößerte sich die Intensität.

Zu Beginn des Jahres beschäftigt sich Seniorenratsmitglied **Herr Dr. Rürup** gemäß dem Arbeitsplan mit der **Vielfalt der Religionen** in der Stadtgesellschaft Halle. Er gab einen Überblick der mehr als zwanzig kirchlichen Gemeinschaften und die Struktur der christlichen Religionen in unserer Stadt. Diese Vereinigungen und Gemeinden bringen sich mit vielen Hilfen und Ideen in die Gesellschaft ein und vermitteln Halt und Zugehörigkeit.

Ein Thema war auch der von der **Seniorenbeauftragten Frau Riethmüller** vorgelegte **Entwurf der „Leitlinien für die Seniorenpolitik der Stadt Halle“**, hier wurde über verschiedene Themen diskutiert und Bereicherungen und Änderungen vorgeschlagen.

Der Kontakt zu den Ämtern der Stadtverwaltung ist in jedem Tätigkeitsjahr der Seniorenvertretung ein wichtiger Punkt. So konnten **Frau Winter und Herr Rehmann vom Fachbereich Soziales Abt. Soziale Hilfen** als Gäste begrüßt werden. Thema dieses sehr informativen Gesprächs waren die Finanzierungsleistungen der Kommune im verpflichteten und im freiwilligen Bereich.

Da dieser Termin im Februar und damit nahe dem Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar lag, wurde auch im Seniorenrat eine Möglichkeit zur nachträglichen Würdigung gefunden. Von den im Stadtmuseum Halle gezeigten vier neuen Kurzfilmen von Studenten des Masterstudiengangs „MultiMedia & Autorschaft“ der MLU Halle aus der Reihe **„Stolpersteine. Filme gegen das Vergessen“**, die auch im Internet zur Verfügung stehen, wurde zu Beginn der Sitzung der Film „In falscher Sicherheit. Das Leben von Bella Feuchtwanger“ ausgewählt und gezeigt, da sich der Stolperstein für Bella Traubkatz, geb. Feuchtwanger, vor der Geiststr.1 und damit in unmittelbarer Nähe zur Geschäftsstelle befindet.

Die Verbindung des Seniorenrates zu den einzelnen Stadtratsfraktionen wird in verschiedener Form immer wieder gehalten, in diesem Jahr war **die Geschäftsführerin der Stadtratsfraktion DIE LINKE Frau Haupt** zu einer Vorstandssitzung zu Gast. Diskutiert wurde u.a. zu dem gerade in Arbeit befindlichen „Neuen Mietspiegel“ für Halle und zur weiteren Entwicklung des Stadtzentrums.

Die Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedsvereine, –organisationen und Verbände der Seniorenvertretung ist ein wichtiges Anliegen. So konnte die durch unseren Mitgliedsverein dem Humanistischer Regionalverband im Rahmen des **Projektes „Frauen der Generation Y“** (geboren zwischen 1980 und 1994) entstandene Fotoausstellung in den Räumen der Seniorenvertretung gezeigt und in einer Seniorenratssitzung vorgestellt werden. Die Thematik

ist außerordentlich interessant, da sie sich mit dem Frauenbild unserer heutigen Zeit beschäftigt.

Im vergangenen Jahr hatte die Seniorenvertretung vor den Wahlen an die BundestagskandidatInnen und LandtagskandidatInnen „**Wahlprüfsteine**“ gesandt und einige Antworten erhalten. Nach einem Jahr der Arbeit in diesen Gremien möchte die Seniorenvertretung nachfragen, wie mit diesen Vorhaben umgegangen wird. Dazu wurde die **Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Sitte** eingeladen. In einer sehr engagierten Diskussion wurden verschiedene Punkte der Wahlprüfsteine besprochen, dazu soll es weiteren Austausch geben.

Der wichtigste Termin des Jahres 2022 war die **Mitgliederversammlung am 14. September**. Vorsitzender Herr Dorn konnte viele VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen und – vereine der Seniorenvertretung, darunter der Leiter Regionalstelle Süd des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Dr. Pichotta und die Bereichsleiterin des Caritas Regionalverband Halle e.V. Frau Niederstraße, sowie als Gäste u.a. die **Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Petra Sitte, die Beigeordnete für Bildung und Soziales Frau Brederlow, Frau Kaiser als Vertreterin der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt und die Seniorenbeauftragte der Stadt Halle Frau Kerstin Riethmüller, den Polizeioberkommissar Herrn Junghans und VertreterInnen der Wohnungsunternehmen** begrüßen. Zur Einstimmung las die **SchauspielerIn des nt Frau Bettina Schneider** das Gedicht „Stufen“ von Hermann Hesse, „Ein alter Mann geht vorüber“ von Erich Kästner, Auszüge aus „Über das Alter“ von Hermann Hesse und zum Abschluss ein Gedicht von Bert Brecht.

Aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der Seniorenvertretung, der 2020 leider wegen der Corona-Auflagen nicht festlich begangen werden konnte, hatte jetzt die **Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung von Sachsen Anhalt Frau Grimm-Benne** die Einladung nach Halle angenommen und in einem informativen Redebeitrag zur gegenwärtigen politischen Situation, den Vorschläge für sozialpolitische Maßnahmen der Bundes- und Landespolitik zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Stellung genommen.

Zum **Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft** der MLU Halle hat die Seniorenvertretung Halle seit vielen Jahren einen guten Kontakt und beteiligte sich an mehreren Projekten. Die **Leiterin Frau Prof. Dr. Gabriele Meyer** referierte im Rahmen dieser Mitgliederversammlung zum Thema „Pflegewissenschaft in Halle - Schwerpunkte und aktuelle Studien“. Sie skizzierte kurz die Entwicklung des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaft sowie derzeitige Forschungsprojekte und Studiengänge.

Abschließend konnten bei einem kleinen Imbiss, zubereitet von unserem Mitgliedsverein Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e.V. noch persönliche Gespräche geführt werden.

Die Seniorenvertretung Halle e.V. hat sich am Vorschlag der Bürgerstiftung Halle „Gute Vorsätze für das Jahr 2022“ beteiligt und wurde mit der Idee SeniorInnen aufzurufen, bei einem Spaziergang unter dem Motto „Mein schönster Platz in Halle“ oder “ Eine schöne Begegnung in Halle“ o. ä. ein besonderes Foto aufzunehmen und bei der Seniorenvertretung einzureichen,

ausgewählt. Aufgerufen waren außer den Mitgliedsorganisationen auch die SeniorInnen der uns verbundenen Wohnungsunternehmen. Das Ergebnis der Sammlung konnte in einer Ausstellungseröffnung, zu der auch der Seniorenbeirat der HWG eingeladen war, in den Räumen des Stadt seniorenrates stattfinden. Wir sehen diese Initiative auch als einen geeigneten Beitrag für das „Netzwerk Zukunftszentrum“. Für eine angemessene Einführung die dem Anlass entsprach, nahm die **Leiterin des Stadtmuseums Frau Jane Unger** die Einladung an, die gegenwärtige „Stadtwende HALLE“-Ausstellung als eine passende Reflektion auf das Thema der Fotos zu verbinden. Als weitere Gäste konnte der Seniorenrat **Frau Karoline Friebe l von der Bürgerstiftung Halle, die Beigeordnete für Bildung und Soziales Frau Brederlow, die Vorsitzende des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses Frau Haupt sowie die Seniorenbeauftragte der Stadt Halle Frau Kerstin Riethmüller** begrüßen. In anregenden Gesprächen wurden dabei die verschiedensten Bereiche des Kulturlebens in Halle diskutiert.

Die **Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit** Sachsen-Anhalt lud zu Beginn des Jahres zur Konferenz „Gesund in Kommune – Gesundheitsstrategien integrieren“ und im Juni zur „Bewegungsförderung im öffentlichen Raum“ ein. Im September stand dann die 6. Jahrestagung unter der Überschrift „Gesund in Kommune – Verstetigung erreichen“ und thematisierte, wie nachhaltige Verstetigung in gesundheitsfördernden Strategien gesichert werden kann.

Ein Schwerpunkt der Arbeit war die Unterstützung und Mitwirkung der Bewerbung von Halle als Standort des „**Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation**“. Dazu nahmen VertreterInnen des Seniorenrates am „**Informations- und Ideenworkshop**“ und der „**Beteiligungswerkstatt**“ teil. Am 03. Oktober 2022 zur **Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit auf dem Marktplatz** in Halle wurden in diesem Jahr auch die Transformationsprozesse und die Herausforderungen der Zukunft mit der Bewerbung um das Zukunftszentrum verknüpft. Vertreter des Seniorenrates waren vor Ort und begrüßten die Ideen zur Umsetzung dieser Prozesse.

Zentrales Thema war auch die Einladung zum **INNOVATIONS CAMP „Science meets Region“** (einer Parlaments-Initiative der Europäischen Kommission) im Multimediazentrum. Hier wurden in einem Challenge-Workshop und einem Solution-Workshop Herausforderungen u.a. im Bereich „Gestaltung öffentlichen Raums“, an dem sich der Seniorenrat beteiligte, Maßnahmen zur weiteren Gestaltung im Sinne eines Klimaschutzes erörtert. Dieses Thema wurde im Seniorenrat mit einer weiteren Veranstaltung nochmals aufgegriffen und vertieft.

Die **Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V.** veranstaltete in Magdeburg einen „**Tag der offenen Tür**“, an dem sich auch die Seniorenvertretung Halle e.V. mit einem Stand vorstellte. Der Vorsitzende Herr Norwin Dorn informierte über die konkrete Arbeit in Halle und beantwortete zahlreiche Fragen zu Struktur und Inhalten.

Der **Forschungsverbund Autonomie im Alter** lud zum **Abschlusssymposium** ein und berichtete über den Verlauf des Projekts in sieben Jahren zu Fragen der Zukunft älterer Menschen in Sachsen-Anhalt.

Selbstverständlich wurde auch die Teilnahme am **HAVAG-Fahrgastbeirat**, dem **Landespräventionsrat in Magdeburg**, dem **Engagementbeirat Halle** und den Verfügungsfonds „Aktives Halle-Neustadt“ und „Silberhöhe“ fortgesetzt und wahrgenommen. Diese Gremien vernetzen seit Jahren die Stadtakteure und bleiben wichtige Ansprechpartner des Seniorenrates.

„Soziales Wohnen“, „Zusammenhalt“, „Sicherheit/Verkehr“, „Öffentlichkeitsarbeit“

Die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen unserer Stadt sind ein wichtiges Anliegen und Aufgabe der Seniorenvertretung zugleich.

Die **HWG kann 2022 auf 100 Jahre seit der Gründung** zurückblicken und hat damit nachdrücklich die Stadtgestaltung mit bestimmt. Die Seniorenvertretung gratulierte durch den Vorsitzenden Herrn Norwin Dorn zu diesem Jubiläum.

Bei einem Besuch in der **BWG - Begegnungsstätte Rosengarten** in der Carl-Schurz-Straße überzeugte sich der Seniorenrat von den vielen Angeboten für Freizeit und Beratung der Mieter in diesem Wohnquartier.

Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft e.G. lud zum **„Tag der Baustelle“** ein, um die Veränderungen der Freiflächen am Niedersachsenplatz zu entwickeln. Dieses Vorhaben begleitet der Seniorenrat bereits länger und wird sich auch künftig über die Umsetzung der Pläne informieren.

Von der Geschäftsführung der **Wohnungsgenossenschaft Eigene Scholle e.G.**, **Herrn Dr. Tautz**, erhielt der Seniorenrat eine Einladung zur Besichtigung der rekonstruierten **„Alten Schule“**. Die Wohnungsgenossenschaft fördert seit Jahren das Mehrgenerationenwohnen und hat sich mit dem Umbau dieses denkmalgeschützten Gebäudes einer neuen Herausforderung gestellt und sie innovativ gelöst.

Sehr erfreut über die Teilnahme der **Seniorenberaterin der GWG Frau Friebel**, mit der die Seniorenvertretung eine lange Zusammenarbeit auch im „Schlaustübchen“ verbindet, an der Mitgliederversammlung führte dieser Besuch zu Absprachen für Treffen im kommenden Jahr.

Auch die **WG Frohe Zukunft eG** nahm die Einladung zur Mitgliederversammlung an und so konnte die Seniorenberaterin der **Frau Fehse** begrüßt werden.

Bei einem intensiven Gesprächsaustausch mit der Sozialarbeiterin **Frau Lohr** der **HWG FREIHEIT eG** konnte vereinbart werden, sich künftig auch über Veranstaltungstermine zu informieren.

Der Einladung zum **Workshop „Bedarfsanalyse altersgerechter Versorgungsstrukturen in Halle“** des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaften der MLU folgte der Seniorenrat, dabei wurden die Themen Wohnen, Dienstleistungen, Mobilität, Nahversorgung, Versorgungsstrukturen Gesundheit und Pflege, Freizeit und soziale Teilhabe diskutiert.

Oberkommissar Herr Junghans von der Polizeiinspektion Halle informierte regelmäßig im Rahmen seiner Teilnahme an den Seniorenratssitzungen zu wichtigen sicherheitsrelevanten Themen unserer Stadt.

Über Umgestaltungsmöglichkeiten im Sinne des Klimaschutzes wurde bei dem Vortrag von **Herrn Prof. Stephan Feller** der Medizinischen Fakultät der MLU Halle zum „**Schutz gefährdeter Gruppen in Halle vor zunehmenden Extremwetter im Zuge der Klimakrise**“ diskutiert. Gemeinsam mit unserem Mitgliedsverein dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis e.V. hatte die Seniorenvertretung zu diesem aktuellen Thema eingeladen.

Als Ausdruck unseres solidarischen Verhaltens hatten wir mit dem Verein LIFEGATE Rehabilitation e.V. (hervorgegangen aus der Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland der Deutsch-Israelischen Gesellschaft) die Ausstellung palästinensischer Volkskunstarbeiten aus Olivenholz unterstützt.

Die „Zertifikate für seniorenfreundlichen Service“ werden weiterhin an Unternehmen vergeben, so konnte es in diesem Jahr die BWG wiederum in Empfang nehmen.

„Sicherung sozialer Rechte im Alter – Beitrag zur Schaffung von Rentengerechtigkeit“ (Bericht des Leiters der Gruppe Renten im Seniorenrat Herrn Dr. Klaus-Dieter Weißenborn)

Inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit war weiterhin der Kampf um die Beseitigung der noch immer bestehenden grundgesetzwidrigen Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung bei verschiedenen Berufsgruppen der DDR.

Am seit 2018 bestehenden „Runden Tisch Rentengerechtigkeit“ der Berufs- und Personengruppen der DDR“, der die Aktivitäten der verschiedenen Betroffenengruppen koordiniert, arbeiten von der AG Renten des Seniorenrats Halle vier Personengruppen aktiv mit, die Naturwissenschaftler bei der AVI tech, die Postler, die Mitarbeiter des Mittleren Medizinischen Personals und die Freischaffenden Bildenden Künstler. Der Vorsitzende unserer AG Renten ist einer der beiden Sprecher des Runden Tisches.

An der Beratung der AG Renten am 14. April 2022, zu der drei MdB aus Sachsen-Anhalt eingeladen waren, nahm trotz rechtzeitiger Terminabstimmung nur ein Mitarbeiter eines MdB teil. Immerhin hat dieser eine Erklärung verlesen, dass die MdB unser Anliegen, dass die Bundesregierung einen Gerechtigkeitsfonds schaffen sollte, unterstützen. Auf dieser Beratung wurde auch die Aktion des Runden Tisches für die DGB-Kundgebung am 1. Mai 2022 auf dem Marktplatz von Halle vorbereitet, für die der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider als Hauptredner angekündigt war. Der DGB unterstützte voll unser Anliegen nach einem eigenen Stand; Vertreter aller am Runden Tisch vertretenen Berufsgruppen waren dann am 1. Mai an unserem Stand dabei. Durch unsere deutliche Präsenz während seiner Rede kam Carsten Schneider, der bis dahin nicht bereit war, mit dem Runden Tisch zu sprechen, nicht umhin, mit uns an unserem Stand ein Gespräch zu führen. Wir haben Carsten Schneider mit klaren Worten erläutert, was wir von ihm als Ostbeauftragtem erwarten und ihm aufklärende Unterlagen übergeben und das Buch „Die

BETROGENE GENERATION - der Kampf um die DDR-Zusatzrenten“ überreicht. Letztlich gab uns Carsten Schneider dann doch die Zusage für ein Gespräch mit Vertretern des Runden Tisches in Berlin. (Bericht der MZ über die DGB-Mai-Kundgebung)

Am 6. Mai haben wir in Leipzig ein weiteres großes Rentenforum des Runden Tisches organisiert. Von den eingeladenen Vertretern der Politik haben nur MdB Dr. Paula Piechotta (B 90/DIE GRÜNEN, Leipzig) und aus Sachsen-Anhalt MdL Rüdiger Erben teilgenommen. Mit dem anwesenden BMAS-Staatssekretär Dr. Schmachtenburg wurde abermals über unsere Forderung nach einem Gerechtigkeitsfonds beraten. Er könne aber als politischer Beamter nur handeln, wenn er dazu einen Auftrag hätte.

Wir haben als Runder Tisch deshalb nach unserer nächsten Videokonferenz vom 7. Juni 2022, einen Appell an die deutsche Bundesregierung und die Regierungschefs und Cheffinnen der Ostbundesländer mit der Aufforderung **„Verhindern Sie die „biologische Lösung“ bei den DDR-Berufs- und Personengruppen!!! Setzen Sie sich für die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds für diese Gruppen ein!!!“** gerichtet.

Auch der Ostbeauftragte C. Schneider hat diesen Appell in Vorbereitung des zugesagten Gesprächs bekommen. Der Termin für das Gespräch mit C. Schneider wurde uns dann aber erst nach unseren mehrmaligen Nachfragen gegeben. Am 1. Juli 2022 hat sich Carsten Schneider dann lediglich eine Stunde Zeit für das Gespräch mit uns im Bundeskanzleramt genommen. Den Runden Tisch vertraten die beiden Sprecher Dietmar Polster und Klaus-Dieter Weißenborn sowie Frau Knappe für die DDR-Geschiedenen. Carsten Schneider hatte noch BMAS Staatssekretär Schmachtenberg dazu geholt. Er erklärte lapidar, dass er sich schon immer nur für den „Härtefallfonds“ eingesetzt hätte, deswegen würde er auch nichts für den vom Runden Tisch geforderten Gerechtigkeitsfonds tun. Auf unsere Erklärung, dass er sicher nicht gegen das SPD-Bundestagswahlprogramm vom 24. November 2012 oder Anträge der SPD-Bundestagsfraktion mit der Forderung der Beseitigung der Ungerechtigkeiten gegenüber den Berufsgruppen gestimmt hätte, reagierte er nicht. An einem wirklichen Gespräch mit Klärung von Sachfragen hatte C. Schneider kein Interesse.

Der Vorsitzende der AG Renten nutzte eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung - „Der Sozialstaat im öffentlichen Diskurs“ - mit Bundessozialminister Hubertus Heil in Magdeburg am 14. Juli 2022, an der auch weitere Mitglieder der AG Renten zugegen waren, um diesen erneut auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds hinzuweisen. Aber Hubertus Heil verwies einfach nur auf seine bekannte ablehnende Position, für uns einfach unerklärlich, aber bezeichnend. Am 14. September 2022 hat sich die Landessozialministerin Petra Grimm-Benne bei der Festveranstaltung zum Seniorenratsjubiläum in Halle auch zur Arbeit der AG Renten geäußert und dargestellt, wie die Thematik Härtefallfonds auf der Bund/Länder-Ebene behandelt wird. Sie wurde aufgefordert, dass das Land weiterhin die im Landes-Koalitionsvertrag vereinbarte Forderung nach einem Gerechtigkeitsfonds unter Einbeziehung aller Gruppen aufrechterhält.

Auf unserer Videokonferenz am 16. November 2022 haben wir auf die „Einigung der Ampelkoalition“ mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags vom 11.11.2022 zum Härtefallfonds reagiert, bei dem lediglich 500 Mio. Euro durch den Bund

dafür bereitgestellt werden sollen. Aufgrund der strikten Orientierung an der Grundsicherung würden fast alle Angehörigen der Berufsgruppen damit nicht unter diesen Fonds fallen und absolut leer ausgehen. Ein Affront gegenüber den ostdeutschen Berufsgruppen!

Die von uns als Reaktion daraufhin beschlossene **„Erklärung des Runden Tisches Rentengerechtigkeit vom 16.11. 2022“** haben wir an Bundeskanzler Olaf Scholz, die Spitzenpolitiker der Koalition, Bundessozialminister Heil, den Ostbeauftragten Schneider, alle Ministerpräsident*innen der Ost-Bundesländer, wichtige Ost-Landespolitiker, an die uns unterstützenden Gewerkschaften (DGB, EVG, Ver.di, IG BCE) und an die Medien (Presse und Fernsehen) geschickt. Das MDR-Fernsehen hat dazu eine Dokumentation veröffentlicht. In einigen Zeitungen Ostdeutschlands ist über den Beschluss der Ampelkoalition und über unsere Erklärung dazu berichtet worden. (Berliner Zeitung, Leipziger Volkszeitung, Ostseezeitung, Mitteldeutsche Zeitung). Die MZ hatte bereits früher auf die Situation der Mittleren medizinischen Personals aufmerksam gemacht.

Wir haben beschlossen, nicht aufzugeben, sondern unseren Kampf um Recht und Gerechtigkeit weiterzuführen.

„Gesundheit und Pflege im Alter“

Erst ab März ließen es die Corona-Maßnahmen zu, dass sich die Arbeitsgruppe wie gewohnt monatlich treffen konnte, dann aber stand ein breit gefächertes Arbeitsprogramm an. Den Auftakt im März bildete die Wiedergabe des **Films von Frau Anne Baumann**, einer Künstlerin, die während der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen notwendigen Maßnahmen der Kontaktreduktion eine 87jährige Seniorin begleitete, das Internet und gleichzeitig neue technische Hilfsmöglichkeiten für den Alltag zu testen. Zusammen mit der Künstlerin Anne Baumann wagt sie den Start in die Digitalität. Dazu gab es in der Arbeitsgruppe rege Diskussionen, inwieweit der Nutzen digitaler Anwendungen und ihre Finanzierbarkeit zu der Frage steht, wie die SeniorInnen heute und in der Zukunft wirklich leben wollen.

Zu einem weiteren Termin war **Frau Prof. Schlenker-Schulte** eingeladen, die nun die Ergebnisse des **Projekts „AutaRK_aktiv hören“** zu negativen Folgen einer unversorgten Hörminderung vorstellte und gleichzeitig zur Gestaltung neuer „Werbematerialien“ mit den Mitgliedern diskutierte, da nach wie vor Hörschwäche – im Gegensatz zur Sehschwäche – im Alter immer noch mit Ressentiments verbunden ist.

Die **Universitätsklinik Halle/ Dorothea-Erxleben-Lernzentrum Halle** lud die Arbeitsgruppe im Rahmen der **Translationsregion für digitale Gesundheitsversorgung (TDG)** „Selbstbestimmt im Alter - so lange wie möglich, so technisch wie nötig?“ zu einer Erprobung und Diskussion zur technischen Unterstützung der pflegerischen Versorgung und dem Autonomieerhalt im Alter. Die Zusammenarbeit wird fortgesetzt.

Die **Vernetzungsstelle für Seniorenernährung** lud mit der **Paul-Riebeck-Stiftung** zum Vortrag „Bilanzierung und Optimierung von Speiseplänen“ von Toni Meyer, Institut für nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft, und „Qualitätsstandard von Essen auf Rädern“

von Martin Bormann ein. Besonders eindrücklich war die Vorstellung der Umstrukturierung der Versorgung innerhalb der Paul-Riebeck-Stiftung, die zeigte, wie umfangreich die Anforderungen der Ernährung sind und was eine konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bewohner bedeutet.

Einem „Herzensthema“ widmete sich der Besuch der Arbeitsgruppe im **Diakoniekrankenhaus**: der Frage, wie auf die besonderen Bedürfnisse von Patienten mit Demenzerkrankungen im Krankenhaus eingegangen werden kann. Hier stand die Leitende **Oberärztin der Geriatrischen Abteilung Frau Dr. Antje Schneider** zu einem Gespräch zur Verfügung und gab über den Stand und geplante Maßnahmen Auskunft. Diesem Thema wird sich die Arbeitsgruppe noch öfter zuwenden.

Das neue Angebot der Christlichen Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe GmbH eröffnete mit „**cursus Zentrum für Pflegende Angehörige**“ in der Fährstraße ein kostenfreies Angebot zur Schulung pflegender Angehöriger. Die Arbeitsgruppe überzeugte sich bei einem Besuch von dem Engagement und den Ideen der Leiterin Frau Neef-Wedler.

Zu einer besonderen Zusammenkunft traf sich die Arbeitsgruppe Gesundheit im November 2022. Als Gäste waren von der **Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.** Herr Martin Bormann und Ernährungswissenschaftlerin Frau Sophia Schnaubelt eingeladen. Nach einem interessanten Vortrag über Veränderungen der Physiologie der Ernährungsprozesse beim Menschen im Alter und der Beantwortung verschiedener Fragen der TeilnehmerInnen wurden die Tipps in die Praxis umgesetzt, es durfte gekostet werden und die entsprechenden Rezepte fanden großen Anklang. Da zu diesem Termin zusätzliche Gäste geladen waren, wird diese Möglichkeit künftig auch von anderen Organisationen in Anspruch genommen werden.

Die Seniorenvertretung Halle e.V. wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass ältere Bürgerinnen und Bürger in der Stadtgesellschaft auch mit besonderen Bedürfnissen wahrgenommen und eingebunden werden.

Den aktiven Unterstützern unserer Arbeit aus der Stadtverwaltung, den Unternehmen und uns verbundenen Einrichtungen der Stadt Halle möchten wir an dieser Stelle herzlich danken, ein besonderer Dank gilt der Seniorenbeauftragten Frau Riethmüller für die langjährige Zusammenarbeit und ihr persönliches Engagement für die Förderung der Seniorenarbeit. Auch danken wir besonders Polizeioberrat Herr Junghans, der als Vertreter der Polizeiinspektion Halle als kooptiertes Mitglied unseres Vorstandes insbesondere das Thema „Sicherheit im Alter“ immer wieder aktuell behandelt.

Seniorenvertretung Halle e.V.

www.stadtseniorenrathalle.de



Mitgliederversammlung der Seniorenvertretung am 14. September 2022



„Tag der offenen Tür“ in der Landesvertretung Magdeburg
(hier die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt Frau Küstermann)



Eröffnung der „Fotoausstellung“ in der Räumen der Seniorenvertretung.



Vortrag von Herrn Prof. Feller der Medizinischen Fakultät der MLU Halle.

„Schutz gefährdeter Gruppen in Halle vor zunehmenden Extremwetter im Zuge der Klimakrise.“

Der Renten-Rebell

DDR-ZUSATZVERSORGUNG Seit Jahrzehnten setzt sich Klaus-Dieter Weißenborn aus Halle für benachteiligte Ost-Pensionäre ein. Nun legt der Bund einen Härtefallfonds auf. Doch Weißenborn sagt: Das reicht nicht.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

„Sein Rentenbescheid? „Moment, den hab ich griffbereit“, sagt Klaus-Dieter Weißenborn am Telefon. Er kramt ein wenig es raus. „Hier ist er.“ Vorher hat Weißenborn (80) schon reichlich Unterlagen per Mail geschickt; einen Appell an die Bundesregierung, Eine Erklärung seines „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“. Einen chronologischen Abriss. Und und und.

Der alte Herr aus Halle ist immer bestens vorbereitet. Seit Jahrzehnten kämpft der promovierte Chemiker im Ruhestand dafür, dass bestimmte Gruppen ostdeutscher Pensionärinnen und Pensionäre endlich mehr Rente bekommen. Konkret geht es um 17 Personen- und Berufsgruppen. Angehörige dieser Gruppen fordern einen Ausgleich für zu DDR-Zeiten erworbene Zusatzversorgungsansprüche, die bei der Rentenüberleitung in bundesdeutsches Recht kassiert worden waren. Einige von ihnen haben den erwähnten „Runden Tisch“ gegründet, der nach eigenen Angaben 500.000 Betroffene vertritt. Weißenborn ist einer der beiden Sprecher der Initiative.

Gerade hat er wieder besonders viel zu tun – und allen Grund zur Empörung. Vor kurzem hat das Bundeskabinett beschlossen, einen Härtefallfonds einzurichten für jene DDR-Berufsgruppen, deren Zusatzversorgungsansprüche nach der Wiedervereinigung durch den Rost gefallen waren. Auch jüdi-

„Die meisten unserer Leute werden leer ausgehen.“

Klaus-Dieter Weißenborn
Händler Tisch Rentengerechtigkeit

sehe Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler, denen es ähnlich ging, sollen bedacht werden.

Vorgesehen ist eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro pro Person. Dort, wo sich auch die Länder an der noch zu gründenden Stiftung für den Fonds finanziell beteiligen, könnte die Summe verdoppelt werden, stellt der Bund in Aussicht. Allerdings profitieren von dem Fonds sollen nur Personen, deren Renten „in der Nähe der Grundicherung“ liegen, wie es aus dem Bundesarbeitsministerium heißt.

Die 630-Euro-Schwelle

Wie das heißt, präzisiert eine Sprecherin des Hauses von Hubertus Heil (SPD) auf MZ-Nachfrage. Demnach sind Leistungen aus dem Härtefallfonds auf Personen beschränkt, deren monatliche Rente zum 1. Januar vergangenen Jahres unter 630 Euro netto lag. Laut Ministerium geht es um bis zu 190.000 Menschen. Die Grundicherung wiederum können Rentnerinnen und Rentner beantragen, deren Einkommen nicht zum Lebensunterhalt reicht. Als Faustregel nennt die Deutsche Rentenversicherung eine Grenze von 924 Euro pro Monat. Wer darunter liegt, so die Empfehlung, solle prüfen, ob ihm Grundicherung zusteht.

Weißenborn ist empört von der Regelung im Härtefallfonds. Mit der Marke von 630 Euro sei klar, „dass die meisten unserer Leute leer ausgehen werden. Die haben ja alle gearbeitet und eine Rente, die oft deutlich darüber liegt“.



Klaus-Dieter Weißenborn kämpft um mehr Rente für sich und Tausende weitere Betroffenen. FOTO: ALEXANDER SCHIERHOLZ

Höchstens unter den geschiedenen Frauen, meint er, könnten vielleicht einige mehr in den Genuss einer Zahlung aus dem Fonds kommen – nämlich dann, wenn sie wegen der Erziehung von Kindern weniger gearbeitet hätten.

Damit kommt wieder Klaus-Dieter Weißenborns Rentenbescheid ins Spiel. Auch der Chemiker wird von dem Härtefallfonds nichts haben. Seine Rente liegt deutlich über der 630-Euro-Schwelle, aber unter der Durchschnittsrente in Sachsen-Anhalt, die das Statistische Landesamt unlängst mit 1438 Euro angegeben hat – nach Jahreshaltelanger Arbeit in leitender Position. Nach Chemiestudium und Promotion in Halle leitete der gebürtige Thüringer in den 70er Jahren in Borna die damals größte Forschungsabteilung – verantwortlich für 80 Leute, Ingenieure, Labormitarbeiter, Anlagenfahrer, Technikerinnen. Bis Ende der 90er Jahre

blieb er im Werk, zuletzt zuständig für Forschung und Projektmanagement im PVC-Bereich.

Als die Sparrs 1998 verkraftet wurde, war Schluss für Klaus-Dieter Weißenborn und viele seiner Kolleginnen und Kollegen. Für die Expo 2000 in Hannover managte er noch Projekte des Korrespondenzstandortes Sachsen-Anhalt, dann wechselte er in eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte Arbeitsförderungsgesellschaft. Als solche Gesellschaften mit den Hartz-Gesetzen aufgelöst wurden, musste ich mit 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen, mit einem Abschlag von mehr als zehn Prozent.“

Was ihm an dem in der DDR auf die Fährte fiel. Er war kein SED-Mitglied. „Anfangs, in den 70ern, war ich in einer niedrigeren Gehaltsklasse als andere Abteilungsleiter, weil ich der jüngste war“, erzählt er. „Später wurde mein Gehalt dann nicht erhöht, weil ich nicht in die Partei wollte.“

Weißenborn und sein „Runder Tisch“ fordern nicht nur eine Lösung für alle Betroffenen: „Die Grundicherung darf keine Rolle spielen“. Sie fordern auch deutlich mehr Geld für jede und jeden, nämlich 10.000 bis 20.000 Euro pro Person als Entschädigung für entgangene Zusatzversorgungsleistungen.

Das ist das Vier- bis Achtfache dessen, was der Bund über den Härtefallfonds auszahlen will. Ob die dort in Aussicht gestellten 2.500 Euro noch verdoppelt werden, hängt von einer finanziellen Beteiligung der Länder ab. Doch das haben noch viele Fragen. Matthias Schappe nennt nur zwei Rentenrecht sei – Bundesrecht, sagt Sachsen-Anhalts Regierungssprecher, daher könnte es rechtliche Probleme geben, wenn die Länder mit ins Boot gingen. Neben die Übernahme von Kosten für andere DDR-Zusatzversorgungssysteme, die mit der Einheit nicht gekappt worden waren, sei

Sonderrenten der DDR

Die DDR umfasste insgesamt 27 Zusatzversorgungssysteme für einzelne Berufs- und Berufsgruppen, zum Beispiel aus dem Gesundheitswesen, der Polizei oder der Eisenbahn.

Wer darunter fiel, erwarb Anspruch auf eine Sonderrente. Mit der Wiedervereinigung wurden nicht alle Leistungen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt, einige wurden gekappt.

Nach Angaben des „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“ sind davon 11 Gruppen betroffen, unter anderem ehemalige Raketenbauern und Naturwissenschaftler, Bergleute aus der Braunkohleverarbeitung, Leistungssportler, freischaffende bildende Künstler, Balletttänzer, Post-Bedienstete sowie das mittlere medizinische Personal, etwa Krankenschwestern. Auch Zusatzversorgungsansprüche in der DDR geschiedener Frauen wurden mit der Einheit kassiert.

Der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ vertritt die Auffassung, dass die Ansprüche weiterhin bestehen und fordert stattdessen seit Jahren Entschädigungszahlungen für entgangene Rentenleistungen.

• Mehr Informationen im Netz: www.rentengerechtigkeitshilfe.de

„Eigentlich systemwidrig“. Sachsen-Anhalt gebe dafür weit über 400 Millionen Euro jährlich aus.

Als zweiten kritischen Punkt sieht das Land – ähnlich wie der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ – den Kreis der Bezugsberechtigten für den Härtefallfonds. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) will das Thema daher zunächst auf der Konferenz der Ost-Regierungschefs besprechen.

Es geht nicht nur um Geld

Weißenborn betont indes, es gehe ihnen nicht nur um Geld. „Es geht auch darum, unsere Lebensleistung anzuerkennen.“ Statt von einem Härtefallfonds speicht er denn auch lieber von einem Gerechtigkeitsfonds. Er ist realistisch: Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts werde der Fonds in der jetzigen Form, also für relativ wenige Betroffene, wohl nicht mehr zu stoppen sein. Daher verlangt er eine weitreichendere politische Lösung, die alle berücksichtige. Denn rechtlich, das steht für den Renten-Kämpfer aus Halle fest, „ist da nichts mehr zu holen“. Alle Klagen auf die Auszahlung der Zusatzrenten der betroffenen Gruppen seien in den vergangenen Jahren von Gerichten abgelehnt worden.

„So wie es ist, darf es nicht bleiben“, sagt er. „So stellt man keine soziale Einheit her.“ Darum will Klaus-Dieter Weißenborn nun wieder mobilisieren. Er hat Briefe an die Politik geschrieben, will die Gewerkschaften als Verbündete. Den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, hat er um ein Gespräch gebeten, als der recently Halle besuchte, von SPD-Genossen zu SPD-Genossen. „Auf eine Antwort warte ich noch.“

Was soll er auch sonst tun? „Wir alle sind zwischen 75 und 90 Jahren alt. Wir gehen nicht mehr auf die Straße. Wir kleben uns auch nirgendwo fest.“ Aber schweigen, das will Klaus-Dieter Weißenborn deswegen nicht.